



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN



Informationen zum Initiativbegehren über die Direktwahl der Regierung

Abstimmung vom 25. Februar 2024



Geschätzte Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins

In der kommenden Woche erhalten die Stimmberechtigten die Abstimmungsunterlagen zum «Initiativbegehren zur Abänderung der Landesverfassung zum Einbezug des Volkes bei der Bestellung der Regierung des Fürstentums Liechtenstein» beziehungsweise zur «Direktwahl der Regierung», wie die Verfassungsinitiative auch genannt wird.

Initiativen, welche die Verfassung und das Zusammenspiel der Staatsorgane betreffen, haben eine grundlegende Änderung des Staatsaufbaus zum Gegenstand. Anders als bei konkreten Sachabstimmungen wird damit die Funktionsweise des Staates langfristig verändert. Nachdem die Initianten ihre Argumente auf ihrer Website (www.dpl.li) sowie in Postwurfsendungen und Fernsehauftritten bekannt gemacht haben, ist es der Regierung wichtig, kritische Punkte und offene Fragen, die sich aus der Initiative ergeben, darzulegen. Dies, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ihre Entscheidung über die Zukunft Liechtensteins am 25. Februar 2024 auf einer soliden Informationsgrundlage treffen können.

Die Regierung hat in diesem Schreiben ausgewählte Fragen und Antworten angeführt. Viele weitere Fragen und Antworten zur Initiative, zu ihren Auswirkungen und Effekten – soweit sie heute absehbar sind – finden sich auf der Website der Regierung (www.regierung.li). Weitere Möglichkeiten, um sich zu informieren, bieten die Diskussionssendung auf dem Landeskanal, die ebenfalls auf der Regierungswebsite angeschaut und heruntergeladen werden kann, und die den Abstimmungsunterlagen beigelegte Informationsbroschüre mit den Argumenten der Initianten und der Regierung.

Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Ausgewählte Fragen und Antworten zur Verfassungsinitiative

Wer würde von einer Annahme der Initiative profitieren?

In erster Linie erhalten die Regierungsmitglieder durch die Direktwahl eine stärkere Position, insbesondere der vom ganzen Volk gewählte Regierungschef bzw. die Regierungschefin. Dies käme einem Präsidialsystem wie in den USA oder in Frankreich gleich. Das Volk profitiert dahingehend, dass es neben der Wahl des Landtags als Volksvertretung auch die Regierung direkt wählen kann.

Wer würde bei einer Annahme der Initiative benachteiligt?

Die Stellung von Fürst und Landtag würde im Verhältnis zu Volk und Regierung geschwächt. Der heutige Dualismus basiert auf einem Zusammenwirken von Volksvertretung und Fürst und umfasst gleichzeitig viele direktdemokratische Elemente wie Referendums- und Initiativmöglichkeiten. Dieses austarierte und seit über 100 Jahren bewährte System würde durch eine direkt vom Volk legitimierte Regierung grundsätzlich infrage gestellt.

Welche Gefahr besteht für die politische Stabilität, wenn das Volk die Regierung direkt wählt?

Die Gefahr ergibt sich nicht direkt aus der Wahl durch das Volk, sondern aus der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Fürst, Landtag und Regierung. Ist die Regierung nach dem neuen Verfahren bestellt, besteht die Gefahr, dass sie aus fünf Einzelkämpferinnen und -kämpfern be-

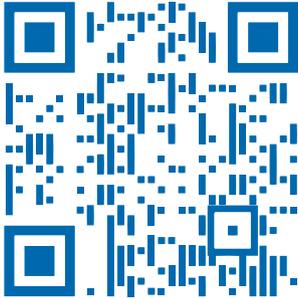
steht, die weder im Landtag noch innerhalb der Regierung eine Mehrheit haben. Dies erhöht die Gefahr politischer Blockaden und im Extremfall des Verlusts der staatlichen Handlungsfähigkeit. Vorgezogene Neuwahlen wären die Folge.

Gemäss den Initianten hat der Landtag das Recht, vom Volk gewählte Regierungskandidatinnen und -kandidaten abzulehnen. Spricht dies nicht dafür, dass der Landtag gestärkt wird?

Dieses Recht hätte der Landtag gemäss Initiativvorschlag tatsächlich. In der Realität würde das Parlament, bestehend aus vom Volk gewählten Abgeordneten, aber kaum ein ebenfalls vom Volk gewähltes Regierungsmitglied ablehnen, da dies gemäss Initiative Neuwahlen von Landtag und Regierung zur Folge hätte.

Wie würde sich die Regierung im Zuge einer Direktwahl durch das Volk zusammensetzen?

Das ist schwer zu sagen, da gemäss Initiative jede Position im Mehrheitsverfahren gewählt werden soll. Dies hat zur Folge, dass die Regierung bunt zusammengewürfelt sein oder aber aufgrund des Wahlverfahrens auch aus Vertreterinnen und Vertretern einer einzigen Partei bestehen könnte. Beides wäre der heutigen Stabilität mit einer Koalitionsregierung abträglich.



Viele weitere Fragen und Antworten finden sich unter
www.regierung.li/direktwahl-regierung.